

Kroatien

Wundersame Stimmenvermehrung

Weil zwei Wochen nach den Wahlen zum kroatischen Parlament das amtliche Endergebnis noch immer nicht vorliegt, fürchtet die Opposition, durch Manipulationen um ihre Erfolge gebracht zu werden. In einigen Großstädten hatte die Partei von Staatspräsident Franjo Tudjman, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ), einer ersten Stimmenausszählung zufolge empfindliche Niederlagen erlitten. Nach einer zweiten Zählung aber liegt sie in Dubrovnik und Varaždin plötzlich wieder vorn. In Zagreb war der Vertreter der Opposition von der Wahlbehörde schon zum Sieger über

den amtierenden Oberbürgermeister ausgerufen worden. Doch nach Auszählung der Wahlzettel aus den Kasernen und Strafanstalten hat der HDZ-Kandidat nun einen Vorsprung von 0,04 Prozent. Die neofaschistische Kroatische Partei des Rechts, die als Tudjmans Wunschpartner für eine Regierungskolalition gilt, scheiterte zunächst an der Fünfprozenthürde. Wundersamerweise kommt sie inzwischen auf 5,02 Prozent. Die kroatische Bevölkerung Bosniens votierte mit 93 Prozent praktisch geschlossen für Tudjman. Unabhängige Beobachter waren bei der Stimmenausszählung im Kriegsgebiet nicht dabei.



Tudjman-Wahlplakat



C. GERRESEN / PANDIS

Militärputsch 1973

Chile

Mangelnder Eifer

Menschenrechtsgruppen in Santiago haben das Parlament aufgerufen, ein Verfahren zur Amtsenthebung mehrerer Oberster Richter einzuleiten. Die Bürgerrechtler werfen den Juristen Pflichtverletzung vor: Ein Ausschuss des Obersten Gerichts hat im vergangenen halben Jahr die Aufnahme von 25 Verfahren gegen Schergen der Militärdiktatur abgelehnt. Die Richter begründeten ihren mangelnden Eifer mit dem Amnestiegesetz, das sich die Diktatur 1978 selbst gab. Bisher waren Verstöße gegen die Menschenrechte gerichtet worden, bevor geprüft wurde, ob die Täter Amnestie beanspruchen konnten. So konnte das Schicksal vieler Verschwundener aufgeklärt werden. Der Wandel in der Praxis des Obersten Gerichts deutet auf einen Konflikt zwischen der Regierung des Christdemokraten Eduardo Frei und Heereschef Augusto Pinochet hin. Um die immer noch mächtigen Streitkräfte zu besänftigen, habe die Regierung insgeheim der schnellen Erledigung heikler Fälle zugestimmt, befürchten die Menschenrechtler.

INTERVIEW

Algerien

„Krieg gegen die Bürger“

Die Lehrerin Khalida Messaoudi, 37 – Autorin des Buches „Worte sind meine einzige Waffe“ (Verlag Antje Kunstmann) –, lebt versteckt in Alger, seit Islamisten sie zum Tode verurteilten. Ihre „Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie“ tritt mit einem eigenen Kandidaten zu den Präsidentschaftswahlen am kommenden Donnerstag an.

SPIEGEL: Der Sieg von Staatschef Amin Sirwal gilt als sicher. Warum beteiligt sich Ihre Bürgerrechtsbewegung an Wahlen, die das vom Militär gestützte Regime legitimieren sollen?

Messaoudi: Erstmals in der Geschichte Algeriens konnten die Demokraten den Machthabern ein Abkommen abtrotzen. Dieses verpflichtet die Kandidaten, das republikanische Staatswesen zu respektieren, friedliche Machtwechsel zu akzeptieren und Gewalt und Religion nicht zum Mittel ihrer Politik zu machen. Wie immer die Wahlen ausgehen, dieser Vertrag ist für den Sieger bindend.

SPIEGEL: Die wichtigsten Oppositionsparteien haben aber zum Boykott aufgerufen, darunter auch die Islamische Heilsfront. Wie läßt sich dem Terror da ein Ende bereiten?

Messaoudi: Wenn die Islamisten, wie sie behaupten, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, warum nehmen sie nicht teil? Der Sieg wäre ihnen dann doch sicher. Tatsächlich aber würde die Mehrheit der Algerier sie nie wieder wählen. Die

Heilsfront wurde nur dank bewaffneter Kommandos so mächtig, und über die hat sie längst die Kontrolle verloren.

SPIEGEL: Hätte sich der Bürgerkrieg vermeiden lassen, wenn man die Heilsfront nach den Parlamentswahlen 1991 an der Macht beteiligt hätte?

Messaoudi: Die Heilsfront wollte einen Religionsstaat errichten, ein totalitäres Regime. Es hätte kein Zurück mehr gegeben. Heute läßt sie Autobomben vor Schulen deponieren; jede Woche fliegt irgendwo ein Zug in die Luft; ihre Anhänger vergewaltigen junge Mädchen. Dies ist kein Bürgerkrieg; dies ist ein Krieg gegen die Bürger. Doch die Menschen schicken ihre

Kinder weiterhin zur Schule, und in den Dörfern greifen selbst die Frauen zu den Waffen, um Körper und Ehre ihrer Töchter zu schützen.

SPIEGEL: Wird Ihre Partei auch nach den Wahlen jeden Dialog mit den Islamisten ablehnen?

Messaoudi: Die Heilsfront gehört vor ein internationales Tribunal. In einer demokratischen Gesellschaft ist für eine solche Partei kein Platz.



B. BOSTELMANN / ARGUM

Messaoudi